

Protokoll

Über die öffentliche Landtagssitzung vom 29. Dezember 1939
Anwesend/ alle Abgeordneten, Reg. Vertreter Reg. Chef Dr. Hoop
Schriftführer Gassner.

Beginn nachmittags 2 Uhr.

Nach Verlesung des Protokoll der letzten Sitzung, das genehmigt wird, schreitet der Landtag zur Behandlung der Traktanda.

1. Gesuch des Josef Schädler, Friesenberg 6 und Josef Beck, Steg-
wirt um einen Beitrag an die erlittenen Sturmschäden am Steg.

Präsident: Wie in der Konferenz betont worden ist, sind den Gesuchstellern erhebliche Sturmschäden entstanden und zwar für Schädler ein solcher von Frs. 3480 und für Stegwirt Beck von Frs. 2275. Die Regierung hat das Gesuch dem Landtag zugewiesen mit dem Antrage auf eine Ausnahmebehandlung, da es sich um einen Ausnahmefall handle. Sie beantragt eine Subvention von Total ca. 60%, d. i. für Josef Schädler Frs. 2100.- und für Beck Josef Frs. 1400.- inklusive Subvention für Wiederaufbau.

Beck Joh.: Könnte man nicht einen höheren Prozentsatz annehmen. Man muss bedenken, dass die Dörfer schwer geschädigt sind.

Präsident: Die Regierung glaubt, das als obere Grenze annehmen zu sollen.

Der Antrag der Regierung auf Gewährung einer 60%igen Subvention wird in der Abstimmung mit 14 Stimmen angenommen.

2. Behandlung des Landesvoranschlages für 1940.

Reg. Chef: Vorbehaltlich der Behandlung des Budgets sollte das Gesetz betr. Bekämpfung der Kindertuberkulose und der Bang'schen Krankheit behandelt werden, da die Annahme desselben evtl. einen Einfluss auf das Budget ausübt.

Er nimmt die 2. Lesung des Gesetzes vor.

Dr. Schädler: Aeussert Bedenken wegen Beibehaltung der Schätzungs-kommission und damit verbundener Uebelstände, die oft kritisiert worden seien.

Reg. Chef: Ich möchte bemerken, dass das Gesetz provisorischen Charakter hat. Es herrscht Einverständnis, dass es vorläufig nur für ein Jahr Geltung haben soll. Die Bedenken wegen Beibehaltung der Schätz-

zungskommission sind wiederholt erhoben worden, aber man hat gefunden, dass eine gerechte Subventionierung nur dann möglich ist, wenn eine teilweise Schätzung erfolgt. Der Antrag der letzten Konferenz auf Gewährung einer Subvention von Frs. 50.- für jedes bangkranke Tier hat bekanntermassen die Billigung des Landtages nicht mehr gefunden. Wie gesagt, können wir ein Jahr den Versuch machen und soferne sich Misstände ergeben sollten, könnte der Landtag immer noch Abhilfe schaffen.

Präsident: Sollten sich Unzukömmlichkeiten ergeben, so hat die Regierung das Recht, auf dem Verordnungswege einzuschreiten und Ergänzungen zum Gesetze zu erlassen.

Nach erfolgter 3. artikelweiser Lesung wird die Gesetzesvorlage in der Abstimmung einstimmig angenommen.

Budgetberatung.:

Der Landtag nimmt nach vorgängiger 1. Lesung in der Konferenz die 2. Lesung des Finanzgesetzes vor.

Tit. III, Bauwesen:

Reg. Chef: Es sind wieder Frs. 30,000.- für Subventionen für Neubauten und Renovationen und Reparaturen ins Budget aufgenommen worden. Für die Subventionierung von Reparaturen und Renovationen wurde eine Mindestlohnsumme von Frs. 150.- festgelegt. Neubauten werden nur mehr maximal mit Frs. 300.- subventioniert und ferner nur dann, wenn es sich nicht um Spekulationsbauten handelt d. h., wenn einer für den eigenen Bedarf baut und nicht, wenn er mehrere Häuser zum Verkaufe baut. Die Subvention beträgt 20 %.

Tit. IV, Land- & Forstwirtschaft:

Reg. Chef: Inskünftig werden Stierkälber, die aus dem Auslande zugekauft worden sind zu Zuchtzwecken im Herbst nicht mehr subventioniert. Nur mehr inländische Zuchtstierkälber werden also bei der Herbstpunktierung subventioniert. Die Subvention für zugekaufte ^{gebrauchsfähige} jährige Zuchtstiere bleibt natürlich fortbestehen.

Bei Ziffer 8 wurde ein höherer Betrag eingesetzt für eine evtl. Bekämpfungsmassnahme des Kartoffelkäfers.

Beck: Bezgl. des Postens für die Bienenzuchtförderung wurde die Regierung beauftragt, Erhebungen zu pflegen, ob die Imker mit der Aufwendung dieses Geldes einverstanden seien. Ist schon etwas bezahle

Reg. Chef: Ich glaube, dass der Landtag seine Zustimmung geben kann. Erhebungen konnten noch nicht gemacht werden. Wir werden uns vorbehalten, dem Landtage später darüber Bericht zu erstatten.

Kindle: Es könnte vielleicht in Erwägung gezogen werden, ob nicht dieser Betrag, der für die Imkerberatungsstelle ausgeschüttet wird, direkt den Imkern zukommen sollte. Der Verband würde dann die Verteilung an die betr. Organe vornehmen.

Sele: Den gleichen Wunsch habe ich schon von Imkern gehört. Einzelne fühlen sich zu wenig bezahlt gegenüber der Leitung. Die Leute müssten sich abfinden mit 45 Rp. Stundenlohn für ihre Kontrollarbeit. Vielleicht könnten dann noch 45 Rp. aus diesen Mitteln zugeschossen werden, damit sie auf eine angemessene Entschädigung kommen.

Präsident: Auf diese Weise dürften dann aber die voranschlagten Frs. 1500 nicht ausreichen.

Reg. Chef: Ich möchte die Abgeordneten bitten, vorerst keine positiven Anträge zu stellen, bis wir die notwendigen Unterlagen bereit haben. Meines Wissens und nach den eingelaufenen Berichten des Bienenzuchtinspektors ist seine Tätigkeit eine ziemlich reichliche und umfassende und er hat sich vor allem bei der Behandlung von Bienenseuchen außerordentlich tatkräftig eingesetzt, hat Erleichterungen bezgl. des Honigabsatzes erzielt und ich zweifle nicht, dass sich seine Tätigkeit sehr zum Wohle der Bienenzüchter ausgewirkt hat.

Kindle: Ich habe nicht einen direkten Antrag gestellt, sondern nur verlangt, dass die Regierung die Angelegenheit prüft, ob man es nicht so machen könnte.

Tit. IX. Soziale Fürsorge:

Reg. Chef: Zur Förderung des Gewerbes sind wieder die Brautausstattungs-subsidien berücksichtigt worden und ein entsprechender Betrag ins Budget aufgenommen worden.

Einnahmen. Tit. V. Abgaben:

Reg. Chef: Hierzu möchte ich bemerken, dass die Herren Abgeordneten anlässlich der Konferenzsitzung ziemlich einhellig den Standpunkt vertreten haben, dass der Einzug der Alkoholsteuer, die erhebliche Rückstände aufweist, nachdrücklich vorgenommen werden soll. Es soll vor allem dahin getrachtet werden, dass die laufenden Steuerrechnungen fortlaufend bezahlt und die Rückstände in möglichster Kürze abgebaut werden. Wir werden seitens der Regierung der Alkoholsteuerverwaltung diesen Wunsch

des Landtages zur Kenntnis bringen.

Tit. IX Zinsen:

Reg. Chef: Der Präsident des Lawenawerkverwaltungsrates hat gestern die erfreuliche Mitteilung gemacht, dass das Werk in der Lage sei, dem Lande über die Verzinsung und Amortisierung hinaus eine ausserordentliche Zuwendung von Frs. 100,000 zu machen, so dass sich die Gesamteinnahmen des Landes aus diesem Werke neuer auf Frs. 150,000 belaufen.

Die Gesamtausgaben betragen daher für 1940 Frs. 2,588,520¹⁴⁰ und die veranschlagten Einnahmen Frs. 2,595,300.--, so dass noch ein kleiner Einnahmenüberschuss besteht.

Beck: Betr. der Tunnelanleihe möchte ich noch einige Worte sagen. Im Sommer wurde das Tunnel beschlossen, geschehen ist aber weiter nichts mehr. Bald Jahrzehnte ist an diesem Tunnel herumgestritten worden. Bei Wahlen wurde am Triesenberg Propaganda dafür gemacht. Wir haben zwar heute im Konferenzzimmer einen Plan und Kostenvoranschlag für das Tunnel bekommen. Ich möchte Regierung und Landtag bitten, dass endlich etwas geschieht, aber nicht nur hier unten, sondern oben auf Gnalp. Ich für meine Wenigkeit könnte mich nicht mehr einverstanden erklären, irgend einem anderen Projekte so oder so zuzustimmen, bis das Tunnel angefangen ist.

Präsident: Wenn der Abg. Beck sagt, es sei nichts geschehen seit Jahren, so muss das richtig gestellt werden. Die Strassen hinauf bis auf Gnalp waren doch eine Vorbereitung und Vorbedingung. Weiters hat der Landtag im heurigen Frühjahr einen weiteren Schritt getan und den Kredit für das Tunnel bewilligt und wenn nicht der Krieg gekommen wäre, wäre die Sache wohl weiter ~~gegangen~~ gediehen. Ich unterstütze den Abg. Beck, dass die Tunnelfrage nicht als Politikum behandelt werde. Wir sind aber ja trotz der finanziellen Wagnisse daran, die Sache positiv zu erledigen, da ja der Landtag kürzlich einen Kredit gewährt hat für die Fortsetzung der Strasse von Gnalp bis zum Tunnelleingang und damit ist eigentlich die Sache Tunnel entschieden.

Dr. Schädler: Der Herr Präsident hat ausgeführt, dass das Tunnel ja beschlossen sei und dass es zur Ausführung gekommen wäre, wenn nicht der Krieg gekommen wäre. Ich bin der Auffassung, dass der Krieg kein Hindernis für die Ausführung des Tunnels ist. Im Gegenteil, zu keiner

Zeit war das Tunnel notwendiger als heute. Der Landtag hat immer darauf hingewiesen, dass es darauf ausgeht, dem Volke die Lebensmöglichkeiten sicher zu stellen. In erster Linie versteht man darunter das Brot. Hier hat man ja grosse Aufwendungen gemacht und in letzter Zeit ist ein weiterer Ausbau von Entwässerungsgräben beschlossen worden. Ich möchte hier noch einer Auffassung entgegen treten, dass die Esche- und Scheidgrabenregulierung wegen der Saumseligkeit der Regierung nicht mit dem genügenden Eifer gefördert worden sei. Diese Auffassung stimmt nicht. Gerade die Regierung hat sich hier alle Mühe gegeben und weder bei Regierung noch Landtag ist hier je eine Differenz aufgetreten. Die Sache hat anderso ihren Hacken gehabt.

Andererseits ist neben diesem Ausbau der Lebensmöglichkeiten auch die Bedeutung des Tunnels nicht zu übersehen. Es ist jedermann bekannt, dass das Lawenawerk seit Jahren auf die Zufuhr von fremdem Strom angewiesen ist und es weiss niemand, wie lange diese Zufuhr möglich sein wird. Es muss daran gedacht werden, vorhandene Energiequellen auszubauen. Wenn nicht geschieht, so wird sich das allmählich auch auf die Strombezügler auswirken. Man hört ja schon von Einschränkungen in der Stromlieferung. Dadurch wird der Holz- und Kohlenbedarf höher werden und wie schwer heuer die Kohlenvorräte beschafft werden können, darüber wissen die Kunden und Kohlenhändler ein Liedchen zu singen. Auch für die bestehenden Betriebe ist die Voraussetzung das Vorhandensein von Kraft und Strom.

Ein weiterer Grund dafür ist auch die Besorgung der Arbeitsbeschaffung. Diese wird für die kommenden Jahre das akute Problem bleiben, wenn Kanal und die anderen Arbeiten beendet sein werden. Wir müssen heute schon daran denken und Vorsorge treffen. Der Gemeinde Friesenberg ist das Tunnel versprochen worden und davon abgesehen warten auch die anderen Alpgenossenschaften schon lange darauf. Es ist eine Angelegenheit, die das ganze Land angeht und interessiert. Ich möchte warm dafür eintreten, dass die Tunnelbaufrage trotz des Krieges nicht übersehen wird, sondern energisch weitergefördert wird, so dass bald mit den Arbeiten begonnen wird.

Präsident: Die entscheidende Lösung ist ja eigentlich dadurch getroffen worden, dass die Zufahrtsstrasse zum Tunnelleingang in

Angriff genommen wird.

Beck: In Triesenberg ist keiner der Meinung, dass der Kanal und die übrigen Entwässerungsprojekte nicht weiter gefördert werden sollen. Auch das Lawenawerk hat ein eminentes Interesse und ich glaube, dass der Bau des Tunnels trotz des Krieges begonnen werden kann.

Risch: Ich möchte noch bemerken, dass der frühere Landtag das Tunnel schon beschlossen hat, seitdem ist verschiedenes gekommen, was die Sache etwas in Frage gestellt hat. Ich bin fest überzeugt, dass es kommt und wie der Herr Landtagspräsident sagte, nachdem die Strasse zum Tunnelleingang gemacht wird, hat man doch die Gewissheit, dass man ernstlich daran denkt.

Sele: Ich möchte noch Stellung nehmen zum Kapitel Soziale Fürsorge. Ich empfinde es für eine gewisse Ungerechtigkeit, dass die Arbeitslosen- und Altersversicherung nicht durch ein Gesetz geregelt sind. Bei verschiedenen Klassen ist für das Alter gesorgt, ich erwähne das nicht etwa, weil ich es ihnen missgönne, aber auch für den, der 50-60 Jahre gearbeitet hat, hat ein Recht auf eine gesetzliche Regelung der Altersversicherung. Ich bin mir klar, dass man bei uns die Sache nicht grosszügig ins Auge fassen kann. Die Schweiz, Deutschland, Frankreich und andere Staaten haben die Altersversicherung und es könnte auch bei uns ein gangbarer Weg gefunden werden.

Präsident: Der Abg. Sele weiss vielleicht, dass diese Frage bei der Behandlung des Pensionsgesetzes eingehend behandelt worden ist. Aus diesen Unterlagen ist eine erspriessliche Versicherung nicht möglich gewesen.

Reg. Chef: Ich habe schon einmal Gelegenheit gehabt, hierüber grundsätzlich Folgendes zu sagen. Im Jahre 1938 haben wir einen fixfertigen Entwurf für die Arbeitslosenversicherung hier gehabt. Das Ergebnis war folgendes. Die Beiträge der Privaten haben als zu hoch erschienen, als dass sie von einzelnen Versicherten getragen hätten werden können. Andererseits wären die Leistungen der Versicherung so niedrig, dass die Bevölkerung kaum eine auf Jahrzehnte hinaus gehende Prämienzahlung in Kauf genommen hätte. Das Volk hätte einer solchen Regelung die Zustimmung versagt. Der Abg. Sele hat gesagt, man könnte sich ausländische Staaten als Muster hernehmen. Es bestehen nur Altersversicherungen in einem nordischen Staat und im Kt. Appenzell, sonst

ist mir nichts bekannt. Die Altersversicherung in Deutschland etc. beschränkt sich nur auf Unselbständig Erwerbende, nicht aber auf Bauer, freie Berufe etc. Auch dort in dem nordischen Staate, im Kt. Appenzell und glaublich Kt. Glarus haben sie mit ausserordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Appenzellerische und glarussche Versicherung ist zusammengebrochen. Im Allgemeinen würde, wenn man sich an ausländische Vorbilder anlehnen würde, ein Entwurf herauskommen, der für unsere Verhältnisse nicht für geeignet befunden würde. Hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung ist Ihnen bekannt, dass eine gesetzliche Vorlage vom Volke verworren worden ist. Ich weiss nicht, ob sich seither die Stimmung des Volkes zu Gunsten einer solchen verändert hätte. Im Uebrigen sind auch in anderen Staaten die letzte Zeit grundlegende Veränderungen auf diesem Gebiete getrieben worden. Ich glaube kaum, dass die Aufgreifung dieser Materie beim Volke auf Gegenliebe stossen würde.

Bühler: Ich möchte anfragen, ob die Korrektur des Strassenstückes Mauren-Schaanwald im Budget berücksichtigt ist.

Präsident bejaht die Frage.

Kindle: Für den Binnenkanal ist ein Posten von Frs. 300,000 eingesetzt und ich möchte anfragen, ob diese Summe für das ganze Jahr ausreicht, wenn man den Binnenkanal so gut wie möglich forciert. Wie lange geht es noch, bis der Kanal bei der Lochgassen heroben ist? Wenn er da wäre, könnte das Triesner Wasser abgeführt werden.

Präsident: Diese Summe reicht für das ganze Jahr aus und der Kanal dürfte im Frühjahr 1941 bei der Lochgasse heroben sein.

Eberle: Ich möchte anfragen, ob das Balzner Wasser auch durch den Binnenkanal abgeführt wird, wenn er einmal in Triesen oben ist und ob dies vorgesehen war beim Ausbau desselben im unteren Gebiet.

Präsident: Ja, das Balzner Wasser wird dann der Binnenkanal übernehmen und es ist ein Vielfaches vom dem vorgesehen worden, was heute der Kanal führt.

Dr. Schädler: Bezügl. des Tunnelbaues, so gae man, sei immer etwas dazwischen gekommen und es scheitere an der Finanzierung. Ich sehe das nicht ein. Die Finanzierung wenigstens des Richtstollens ist gesichert. Die Finanzierung wäre vorher möglich gewesen und sie bleibt heute noch bestehen. Für Strassen- und Oeberflächenbehandlung ist letztes Jahr ein Betrag von Frs. 260,000 eingesetzt worden, in Wirk-

lichkeit sind aber Frs. 800,000 hierfür aufgewendet worden. Wenn für gewisse Projekte, die aber nicht so dringlich notwendig sind, so grosse Aufwendungen gemacht worden sind, so glaube ich, dass man für den Tunnelbau doch auch noch etwas übrig haben sollte. Vorläufig müsste die Landeskasse für den Bau des Richtstollens nicht herangezogen werden und das Budget würde dadurch nicht belastet. An der Finanzierung kann es meines Erachtens nicht scheitern. Wenn wegen des Krieges der Tunnelbau nicht in Angriff genommen wird, so erachte ich dies als eine übertriebene Sorge.

Präsident: Es wäre besser, etwas Weniges daran zu tun, als viel davon zu reden. Ich glaube, wir haben an der Arbeit begonnen und die Sache scheint entschieden zu sein. Die notwendigen Vorarbeiten sind getroffen und ich hoffe, dass keine grösseren Schwierigkeiten auftauchen.

Sele: Ich bin über die Ausführungen des Herrn Reg. Chefs nicht befriedigt. Eine grosse Versicherung kann man bei uns nicht machen, aber wenn die Leute im Alter nur etwas Weniges hätten. Bezgl. der Arbeitslosenfürsorge bin ich auch der Meinung, dass man produktive Arbeit schafft. Aber für alte Leute sollte etwas vorgesorgt werden, dass einer im Alter nicht den beschämenden Weg des Bettelns gehen muss. Auf eine kleine Unterstützung sollte er zahlen können.

Präsident: Der Herr Abg. Schäfer ist sehr begeistert für das Ideal, aber das hat eben zwei Seiten. Wer im Versicherungswege etwas bekommen will, muss eben auch von Jugend auf Pflichten übernehmen. Wenn man es tun wollte, könnte man es im Sinne eines Spargroschens machen, im Sinne eines Zwanges ist es einerzeit vom Volke abgelehnt worden.

Reg. Chef: Ich möchte folgendes zu erwägen geben. Die Durchführung einer Altersversicherung müsste obligatorisch gemacht werden. Dann müsste jeder vom 18. Lebensjahr an bis zum 65. Jahre jährlich etwa Frs. 20-24 bezahlen. Die Rente, die er im 66. Lebensjahr bekommt, ist Frs. 100 und sie steigt jährlich etwa um Frs. 20, bis sie wie im Kt. Appenzell im 78. Jahre Fr. 300 ausmacht. Wenn wir diese Frage der Volksabstimmung unterwerfen und eine Familie vielleicht Frs. 120-150 jährlich bezahlen soll und dann bekommt der Versicherte jährlich im 65. Altersjahr monatlich Frs. 8.-, ich weiss nicht, was die Bevölkerung in der Abstimmung sagen würde. Auch wenn der Staat noch Zuschüsse gewährt, bleibt die Altersversicherung problematisch. So schön und ideal es wäre, aber ich glaube, dass eine solche Versicherung für das

Alter bei unserer Bevölkerung absolut keine Gnade finden würde.

Sele: Es ist mir bekannt, das Hochstehende Persönlichkeiten in der Schweiz sich warm für diese Sache einsetzen und es ist mir unverständlich, dass man diese Sache hier bagatellisiert und andere Stände sehr berücksichtigt.

Bühler: Ich bin auch genötigt, einen alten Ladhüter zu präsentieren. Die Gemeinde Schellenberg ist im Landtage nicht vertreten und ihre Interessen sollen doch gewahrt werden. Es betrifft dies die neue Strasse auf den Schellenberg. Das Projekt und die Vorarbeiten dafür sollten endlich gemacht werden, damit in einem kommenden Budget darauf zurückgekommen werden kann. In einer Finanzkommission ist die Sache abgelehnt worden, einer Weiterbehandlung im Landtage erfolgte nicht mehr. Ich stelle hier öffentlich fest, dass die Gemeinde Schellenberg am wirtschaftlichen Aufschwung gehindert ist. Wenn diese Auffassung im Landtage herrscht, dann ist es unsere Pflicht und Aufgabe, die Sache nicht aus dem Auge zu lassen. Sollte diese Meinung im Landtage nicht vorherrschen, so würde ich auch eine schriftliche Motion gezwungen sein, dem Landtag davon zu überzeugen. Die Regierung soll beauftragt werden, im Jahre 1940 die Sache endgültig zu bereinigen und die Vorarbeiten treffen zu lassen.

Präsident: Die Vorarbeiten sind bereits so in Auftrag gegeben worden. Es ist auch schon mit den Gemeinden verhandelt worden. Alle diese Fragen sind schon aufgerollt worden, hingegen sind sie noch zu keinem Abschluss gekommen. Schellenberg hat sich für den Moment zufrieden gestellt, dass eine kleine Strassenverbesserung durchgeführt worden ist. Ich gebe zu und muss unterstreichen, dass eine Gemeinde, die abliegt und mit einer Berggemeinde verglichen werden kann, wirtschaftlich schon durch die Lage gehindert ist. Ich verstehe das Bedürfnis und wir nehmen die Anregung in dem Sinne zur Kenntnis, dass man das Projekt im Auge behält und die noch nötigen Vorarbeiten trifft.

Reg. Chef: Hinsichtlich der Projektierung der Strasse herrschen verschiedene Auffassungen. Die Gemeinden haben sich hier noch nicht auf einer Linie gefunden. Trotzdem möchte ich dem Abg. Bühler durchaus Recht geben, denn die Zufahrtsverhältnisse sind derart, dass sie einer Verbesserung dringend rufen. Es ist nicht überflüssig, wenn man im

kommenden Jahre ernsthaft an die Strassenführung herantritt.

Dr. Schädlar: Die Frage der Altersversicherung ist im Zuge der Behandlung des Pensionsgesetzes besprochen worden. Die Regierung war beauftragt, die Grundlagen vorzubereiten. Es schien damals nicht gut durchführbar und die Schwierigkeiten sind noch grösser geworden durch die heutige Weltlage. Ich glaube auch, dass heute die Zeit nicht da ist, so schwerwiegende Probleme durchzuführen. Wichtiger als dieses Problem scheint mir die Arbeitsbeschaffung. Da sollten, nachdem eine ganze Serie von Projekten auf Lager ist, die Projekte nach ihrer Dringlichkeit und Notwendigkeit behandelt werden. Zuerst Kanal, Esche, Scheidgraben und dann Bau des Tunnels und dann erst nachher die anderen Projekte.

Schädler Eug.: Ich möchte den Abg. Bühler wärmstens unterstützen.

Ist die kleine Strecke in Nendeln auch inbegriffen?

Präs. verneint die Frage.

Schädler Eug.: Wie weit ist gedacht den Scheidgraben durchzuführen im Laufe des Winters?

Präsident: Wenn die Sache gut vorangeht, dem Eschenerriet entlang hin bis an die Grenze des Vaduzerriets.

Brunhart Louis: Ist die Strassenkorrektur in Klein-Mäls auch vorgesehen? Die Sache sollte gemacht werden und wird in Arbeiterkreisen viel besprochen.

Präsident: Bekanntlich sind in Balzers bezgl. der Bodenauslösung übersetzte Preise eingerissen. Wir sind nicht in der Lage, diese Auslöschungskosten zu übernehmen und daran stockt die Sache. Die Zeit wird hier heilend wirken.

Hasler: Wenn schon an einen Strassenbau auf den Schellenberg gedacht wird, so könnte die Strasse Gamprin-Schellenberg so ausgebaut werden, dass sie beiden Gemeinden nützt.

Präsident: Diese Strasse liegt in einem Schattengelände. Wenn auf dem Schellenberg eine gute Strasse gebaut werden soll, so muss sie auch im Winter fahrbar sein und sie muss der Bestrahlung durch die Sonne zugänglich sein.

Damit dürften die verschiedenen Wünsche erfüllt sein und jetzt sollte nur noch das Christkind kommen und alle erfüllen. Man wird auf die Realität der heutigen Zeit Rücksicht nehmen müssen und auch die wirtschaftliche Notwendigkeit wird bestimmend sein bei den vielen Projekten.

Der Landtag stimmt sodann nach erfolgter 3. titelweiser Lesung dem Landesvoranschlage für 1940, der bei Frs. 2,595,300.- Einnahmen und Frs. 2,585,520¹⁴⁰ Ausgaben einen kleinen Einnahmenüberschuss vorsieht, einstimmig zu.

Präsident: Ich danke den Herren Abgeordneten für die Erledigung des Budgets und damit des Jahrespensums 1939. Ich möchte noch meinen Dank beifügen für ihre Mitarbeit während des Jahres. Ich möchte betonen, es sind keine Jahre von grosser gesetzlicher Tätigkeit, aber dafür von wirtschaftlicher Betätigung zum Wohle des Landes. Ich möchte nicht die Initiative für neue gesetzgeberische Tätigkeit etwa dadurch misskreditieren, ich bin sehr für jede Neuerung, aber die Herren Abgeordneten geben mir selbst zu, dass die Notwendigkeit des Landes heute im bestehenden Kampfe mit der Not der Zeit und in wirtschaftlichen Fragen liegt. Das war auch während des abgelaufenen Jahres unsere Haupttätigkeit.

Ich möchte den heutigen Tag nicht vorübergehen lassen, ohne dem verstorbenen Mitglied des Abg. Basil Vogt zu gedenken und ersuche die Herren Abgeordneten, sich zum Zeichen der Ehrung von den Sitzen zu erheben.

Auch möchte ich dem Herrn Reg. Chef bitten, den Dank des Landtages für die geleistete Arbeit entgegenzunehmen. Bezahlt kann werden die Tagesarbeit und dies und jenes, aber nicht der persönliche Einsatz. Ich danke, was diesbezüglich geschehen ist, betonen möchte ich auch, dass das Verhältnis zwischen Landtag und Regierung ein erspriesliches gewesen ist. Im Grossen und Ganzen ist der Zug einer gedeihlichen Zusammenarbeit vorhanden. Unser Hauptereignis im abgelaufenen Jahre war die Zusammenlegung der Parteien und wir wollen hoffen, dass das Angefangene sich noch zu grösserem Segen auswirken werde. Eines kann ich konstatieren, dass der Landtag in diesem Sinn ein absolutes Zeugnis abgelegt hat, im Sinne des Proporz die Fragen zu erledigen und in diesem Sinn ist die Arbeit auch geschehen. Ich danke den Herren Abgeordneten und wünsche, dass in diesem guten Sinne des Ministeriums weiter gearbeitet werde zum Wohle des Landes.

Schliesslich möchte ich die Herren Abgeordneten bitten, sich von den Sitzen zu erheben, um seiner Durchlaucht die herzlichsten Glückwünsche für das kommende Jahr zum Ausdruck zu bringen und möchte den Herrn Regierungschef bitten, diese Wünsche hinstellen zu lassen.

200

Durchlaucht weiterleiten zu wollen.

Reg. Chef: Ich werde nicht verfehlen, dem Landesfürsten von der Kundgebung Mitteilung zu machen. Ferner möchte ich danken für die freundlichen Worte des Präsidenten und Namens der Regierung auch danken für die Zusammenarbeit im vergangenen Jahre. Ich darf von Regierungsseite feststellen, dass, dass diese Zusammenarbeit loyal gewesen ist und deshalb auch fruchtbar war. Ich darf wohl diese gute Zusammenarbeit als ein günstiges ~~Wahrzeichen~~ Vorzeichen für das kommende Jahr deuten.

Dr. Schädler: Anlässlich der Budgetberatung im Hohen Landtage gebe ich Auftrags und Namens der Fraktion der Vaterländischen Union nachstehende Erklärung ab:

Am 25. April l. J. wurde bei Anlass der Neubestellung der Regierung folgende Vereinbarung zwischen den beiden Fraktionen des Landtages betroffen:

1. Die Regierungsräte und die Regierungsratsstellvertreter sollen unter Beibehaltung der bisherigen Art ihrer Amtsführung gewählt werden.
2. Eine Eingabe der Fraktion der Vaterl. Union über die Neuorganisation der Regierung und deren verfassungsmässigen Verankerung soll bis zum 1. September 1939 vom Landtage nach vorgängiger Absprache in interparteilichen Konferenzen geprüft werden.
3. Aus dieser Formulierung geht nach Ansicht der Fraktion der V. U. hervor, dass der ständige Charakter des einen Regierungsrates bis zur endgültigen Erledigung dieser Frage in interparteilichen Konferenzen und durch den Landtag provisorischer Natur ist.
4. Die Fraktion der V. U. wird sich vorbehalten, gemäss Punkt 2 der Vereinbarung entsprechende Anträge über die endgültige Neuorganisation der Regierung zu stellen.

Angesichts der verworrenen weltpolitischen Lage mit der für Liechtenstein bestehenden Notwendigkeit, zur Zeit ausgesprochen politische Fragen zurückzustellen, hat die Fraktion der V. U. vorläufig davon abgesehen, auf den 1. 9. 1939 und seither auf diese Vereinbarung zurückzukommen bezw. deren Durchführung zu fördern. Wir behalten uns jedoch vor, bei geänderten Verhältnissen oder zu sonst gegebener Zeit nach Ermessen der Partei darauf zurückzukommen. Unter geänderten Verhältnissen würden wir u. a. auch verstehen wesentliche ungünstige Veränderungen in den Einnahmeposten des Landes. Wir glauben, durch diese Erklärung einen Beitrag zur vorläufigen Konsolidierung der politischen Verhältnisse gegeben zu haben.

Reg. Chef: Indem ich die Herren Abgeordneten auch Namens der Regierung

auf das herzlichste beglückwünsche für das neue Jahr, schliesse ich, indem ich von der Höchsten Ermächtigung Gebrauch mache, die heutige Session des Landtages 1939.

Schluss der Sitzung $\frac{1}{4}$ 6 Uhr.